

# Zolleinigung

Autor(en): **Bertschinger, H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **5 (1909-1910)**

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-750875>

## **Nutzungsbedingungen**

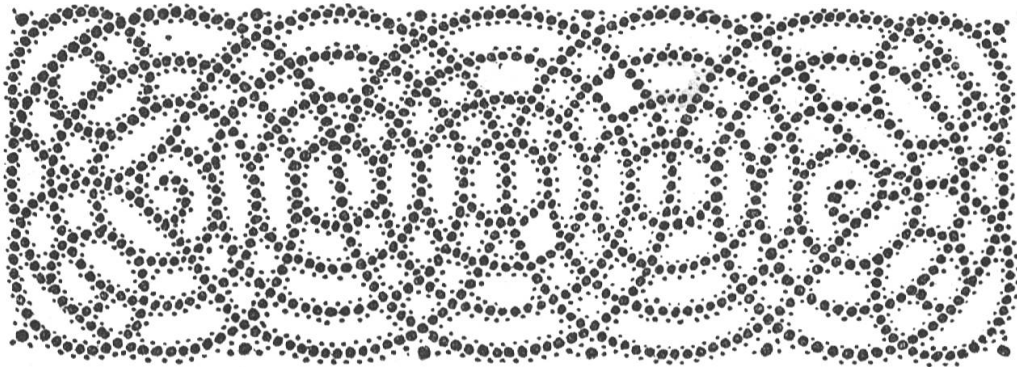
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



# ZOLLEINIGUNG

## I. ZOLL- UND WIRTSCHAFTSGEBIETE

Das gegenwärtige System der Zoll- und Wirtschaftseinheiten ist kein natürliches. Der Zustand entspricht weder den weltwirtschaftlichen Hinweisen noch den sozialen Grundsätzen der Weltwirtschaft, sondern einem übertriebenen, unnatürlichen, staatlichen Zentralisations- und Unabhängigkeitstrieb. Zolleinigungen hängen mit Staatsgrenzen ebenso wenig zusammen, wie Post- und Münzunionen und Nationalitäten. Der moderne Grundsatz der Zollunion — bestehe sie aus einem einzigen oder mehreren unabhängigen Staaten — beruht auf der Forderung, mit Zollschränken ein solches Gebiet zu umfassen, das sich wirtschaftlich in jeder Hinsicht selbst genügt. Ist diese Forderung nicht erfüllt, wie bei den meisten europäischen Zolleinheiten, insbesondere bei der Schweiz, so treten Reibungen auf, die zu Krisen einzelner Industrien, ja sogar der ganzen Volkswirtschaft führen müssen.

Den gegenwärtigen protektionistischen Zustand zu ändern ist das Bestreben der Nationalökonomien aller Länder. Die zum Teil schon in Verwirklichung begriffenen Projekte lassen fünf Hauptzoll- und -Wirtschaftsgebiete erkennen, welche alle dem Grundsatz der Selbstgenügsamkeit entsprechen können: 1. Russland und Sibirien, 2. Großbritannien mit seinen Kolonien, 3. die drei Amerika, 4. China und Japan, und 5. der europäische Kontinent mit seinen Kolonien in Afrika und Asien.

Das europäische und asiatische Russland ist heute noch kein sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet; es erzeugt einen gewaltigen Überschuss an Bodenfrüchten, insbesondere an Getreide, obgleich Grund und Boden noch nicht zur Hälfte ausgenützt sind. In der Deckung des Bedarfs an Fabrikaten ist es jedoch auf ausländische Märkte, insbesondere auf deutsche, angewiesen. Die eigene Industrie ist dank der niedrigen Löhne und der vielen Bodenschätze im Wachsen begriffen. Der missliche Umstand, Schuldner vieler Staaten zu sein, verhindert eine aggressive egoistische Zollpolitik. Zusammenfassend ergibt sich folgendes Bild: Russland kann in kurzer Zeit ein so großer Wirtschaftsfaktor werden, dass es die jetzige protektionistische Gliederung in Mitteleuropa gefährdet. Eine dem russischen Aufschwung vorhergehende Zollvereinigung Mitteleuropas könnte Russland Bedingungen machen, eventuell seinen Anschluss an ein europäisches Zollgebiet erwirken und sich damit ein gewaltiges Absatzgebiet sichern.

Großbritannien: 1874 hatte England den Gipfel seiner kommerziellen Machtstellung erreicht. Deutsche und amerikanische Konkurrenz machten sich immer stärker auf allen seinen Absatzgebieten, ja selbst in England, geltend. Bei der zunehmenden schutzöllnerischen Handelspolitik anderer Staaten erweist sich nun das bestehende Freihandelssystem als ungünstig (die englischen Zölle sind rein fiskalischer Art). Der Übergang zum Protektionismus ist für England allein in Ermangelung einer eigenen Landwirtschaft ungünstig und in bezug auf die Zugehörigkeit der Kolonien gefährlich. Den besten Ausweg bildet die Zollvereinigung mit den Kolonien. Dieses „*Greater Britain*“ vermöchte zweifellos ein sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet zu werden. Anfänge dazu sind bereits vorhanden seitens Kanada in Form von Vorzugszöllen. Auf den verschiedenen in London abgehaltenen, einer imperialistischen Tendenz folgenden Zusammenkünften der kolonialen Ministerpräsidenten zeigten sich jedoch große Schwierigkeiten in der Bildung einer einheitlichen Zollgruppe, die örtlich, durch Meere, weit von einander getrennt ist und demnach mit erdrückenden Frachtkosten rechnen muss.

Da der gute Wille jedoch auf keiner Seite fehlt, muss erwartet werden, dass bei zweckmäßigen Vorschlägen eine Verschmelzung zustande komme.

Amerika: Kein einziges Zollgebiet wäre sich selbst in so hohem Maße genügend, als die drei Amerika: Nord-, Mittel- und Südamerika. Dies beweist die stets wachsende Differenz zwischen Ein- und Ausfuhrziffern und im Zusammenhang damit die Verminderung der Einfuhr aus dem Auslande. Diese Einfuhr besteht für die Vereinigten Staaten nicht mehr aus Fabrikaten, sondern vorwiegend aus Rohstoffen für den Bedarf der Industrien. Während dem die Vereinigten Staaten in der Hauptsache Industrieprodukte ausführen, besteht der Export der übrigen aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Die Vereinigten Staaten empfinden entsprechend ihrem riesigen wirtschaftlichen Aufschwung das Bedürfnis, neue Absatzgebiete zu erwerben, können dieselben jedoch in Europa dank der schutz-zöllnerischen Tarife nicht mehr in befriedigendem Maße finden. Da sich die europäischen Staaten den Bedarf ihrer Kolonien vorbehalten, so bleibt der Union nur noch der eigene Kontinent übrig. Ein ungeheurer Zollverein soll in mehr oder weniger absehbarer Frist die drei Amerika, einschließlich Kanada, vereinigen. Der erste Versuch wurde schon 1825 von Bolivar unternommen, der einen Kongress, die Panamamission, einberief. Sodann erzwang 1889 Cleveland einen Kongress nach Washington. 1901 fand der Panamerikanische Kongress in Mexiko und 1906 in Rio de Janeiro statt. Die Staaten des Südamerikanischen Kontinents sind den imperialistischen Bestrebungen der Vereinigten Staaten nicht abgeneigt und haben das praktisch auch schon durch Gewährung von Vorzugszöllen bewiesen; jedoch wollen sie den europäischen Wettbewerb in Industrieerzeugnissen noch nicht ausgeschaltet wissen.

China und Japan: Die Gelbe Gefahr ist nicht abzuleugnen. Die europäisch-asiatischen Beziehungen beschleunigen die Fortschritte in der Zivilisation, und diese hilft die ostasiatischen Staaten zu ernststen Rivalen des europäischen Kontinents werden zu lassen. Zweifellos steckt dieses Zollgebiet noch in den Kinderschuhen; aber die Montan- und Metallindustrie nimmt in letzter Zeit einen solch starken Aufschwung, dass man in Anbetracht der vorhandenen Naturschätze an eine scharfe Konkurrenzierung denken muss. Von 1880 bis 1900 stieg beispielsweise Japans Ausfuhr

um 595 Prozent, die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nur um 55 Prozent und die Deutschlands nur um 31 Prozent.

Schon diese flüchtige Darstellung rechtfertigt den Schluss, dass gegenüber diesen um den Weltmarkt rivalisierenden Riesenreichen die uneinigen Staaten Europas, insbesondere Mitteleuropas, ernstlich bedroht erscheinen.

Man hat auch von einer „Deutschen Gefahr“ gesprochen und dabei einerseits die großartige Entwicklung der deutschen Industrie und des deutschen Handels, andererseits die alldeutschen Bestrebungen in Betracht gezogen. Wenn auch das Ende dieses Fortschrittes nicht abzusehen ist und die alldeutschen Unionsbestrebungen in Erfüllung gehen sollten, so würde von einem Gegengewicht gegen die eben gezeichneten Wirtschaftsgrößen noch immer keine Rede sein können.

## II. DIE MITTELEUROPÄISCHE ZOLLEINIGUNG

Nicht nur die Furcht vor den hohen Zöllen Russlands und der Vereinigten Staaten, dem englischen Imperialismus, der Gelben Gefahr, haben den Ländern Mitteleuropas den Zollvereinsgedanken nahegelegt, sondern auch eine mitunter an Verzweiflung grenzende Mißstimmung über die Hochschutzzölle Frankreichs, Deutschlands, Österreich-Ungarns, Italiens und anderer mehr. Wären die Staaten dem großzügigen Beispiel Englands gefolgt, indem sie wie dieses den Freihandel eingeführt hätten — wir Kleinstaaten hätten heute nicht nötig, über die Zweckmäßigkeit unserer wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit nachzudenken. Was wir heute unter dem Druck der Vereinigten Staaten und Russlands nach Hilfsmitteln fahnden, ergibt ein ähnliches klägliches Bild, wie es vor bald hundert Jahren unter der britischen Konkurrenz als Grundlage des Deutschen Zollvereins bestanden hat.

Welches sind nun die Staaten, welche zu einer mitteleuropäischen Zolleinigung verbunden werden sollen? Entweder sind es Länder, die ein sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet bilden können — dieser Forderung wäre in Europa schwer nachzukommen — oder aber solche, die eine ähnliche, gleichen Interessen dienende Wirtschaftspolitik verfolgen. Wollte man der ersten

Forderung genügen, so würden nie genug Staaten in ein europäisches Zollgebiet eingeschlossen werden können. Man verfiel dabei auf Projekte, die, weil zu groß, von vornherein an dem Widerstand der vielen Einzelinteressen zerschellen müssten. Dem zweiten Gesichtspunkte folgend, befinden wir uns schon eher auf derjenigen Bahn, die zur freien Weltwirtschaft, einem Ideal des sozialen Strebens, führen wird. Für die Gliederung des wirtschaftlichen Europas handelt es sich um die Trennung zwischen Industrie- und Agrarstaaten. Ausgesprochene Industriestaaten sind England, Belgien, Deutschland und die Schweiz. (Es ist zu bemerken, dass Deutschland bei geordneteren Wahlrechtsverhältnissen stärker industriell politisieren würde. Aus besondern Gründen, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann, finden die industriellen Interessen im Parlament und in der Regierung weniger Geltung, als ihnen von Rechts wegen zukommen würde.) Länder mit halb agrarischem, halb industriellem Charakter sind Frankreich, Österreich und Italien. Fast rein agrarische Interessen verfolgen Spanien, Portugal, Holland, Russland, Skandinavien und die Balkanstaaten.

So wünschenswert ein Gesamtzusammenschluss aller dieser Staaten wäre, so unmöglich ist seine praktische Durchführung. Das beweisen die vielen vergeblichen Versuche, die seit dem Zustandekommen des Deutschen Zollvereins gemacht worden sind. Französische Vorschläge wollten Frankreich, die Schweiz und Belgien in die „Union Française“ vereinigen, dem Deutschen Zollverein Holland einverleiben und Österreich mit dem Balkan verbinden. Dieser Weg würde kaum zum Ziele führen. Einfacher wäre jedenfalls der Zusammenschluss von nur zwei Staaten und der nachherige Anschluss der andern, je nach Bedürfnis und Wirtschaftslage.

Der Wirtschaftsbund muss in erster Linie Deutschland als die größte Wirtschaftsmacht Europas enthalten, sonst wäre er dasselbe Trugbild mit tönernen Füßen, wie die lächerlichen kontinentalen Einkreisungsgespinnste des Königs von England. Trotzdem deutsche Nationalökonomien vielfach mit Zollunionsplänen sympathisiert haben, so ging das offizielle Deutschland nie auch nur im geringsten auf solche Vorschläge ein. Der Grund liegt nicht in dessen prinzipieller Abneigung, sondern vielmehr in dem

Bestreben, den Verdächtigungen seiner kontinentalen Großmacht-politik keinen weitem Vorschub zu leisten. Der französische frei-händlerische Nationalökonom Molinaris hat in zollunionistischer Hinsicht verschiedene Anläufe gemacht, so auch bei Bismarck, wurde aber stets auf später vertröstet.

Der erste Staat, welcher mit Deutschland den Wirtschaftsbund bilden sollte, ist unter Berücksichtigung der Lage und Wirtschaftspolitik unstreitig die Schweiz. Dem Beispiel würden folgen: Österreich-Ungarn, dann Frankreich und die kleinern Staaten. Der Eintritt der Schweiz in ein wirtschaftliches Sonderverhältnis mit einem Großstaat würde schon der politischen Eifersucht wegen andere mit hineinziehen. Dieser Weg zur Bildung einer mitteleuropäischen Zolleinigung ist insbesondere deshalb empfehlenswert, weil er Frankreich ermöglicht, sich zu einem Konzert herbeizulassen, in dem Deutschland nicht die alleinige Rolle spielt. Der Umstand, dass bis heute mehr über einen Anschluss Hollands und Österreichs als von der Schweiz an das deutsche Zollgebiet geschrieben wurde, findet seine Begründung eher in politischer als in wirtschaftlicher Hinsicht. Holland ist für den deutschen überseeischen Handel und bei einem Seekrieg die Ausgangstüre; diese in fremden Händen zu wissen, ist den Alldeutschen ebenso unsympathisch, wie uns Schweizern die Alpenüberschneidungen, welche wir in Ermangelung jedes gesunden Staatsegoismus selbst bezahlen, trotzdem sie mit dem Südausgang des Haupttunnels auf italienischem Gebiet liegen. Dem Holländer andererseits ist die Notwendigkeit bekannt, die sein Land für die Kriegführenden hätte, und dass Holland mit seinem geringen, den unsern zum Beispiel gar nicht zu vergleichenden militärischen Kräften die Überschreitung seiner Grenzen nicht verhindern könnte. Auch sieht er seinen Kolonialbesitz unter deutscher Flagge gesicherter, als unter holländischer. Entschlossene, zielbewusste Politik ist jedoch heute nicht mehr die Stärke holländischer Staatskunst.

Von einem deutsch-holländischen Zollverein befürchten die deutschen Agrarier ein Sinken der Fleischpreise.

Österreich-Ungarn steht durch den Dreibund Deutschland politisch nahe, und so haben denn auch die Zollvereinspläne, welche rein wirtschaftlicher Natur sind, bis in die obersten Stellen Wellen geworfen. Österreich allein würde die deutsche Wirtschafts-

lage nur begünstigen können; was jedoch Ungarn anbelangt, so vermöchte dessen ergiebige Bodenkultur die Preise für landwirtschaftliche Produkte in Deutschland herabzusetzen, weshalb sich die deutschen Agrarier gegen einen solchen Zollverein sträuben.

Frankreich würde bei einer Zolleinigung nur gewinnen, will aber trotz dem Antrieb seiner Volkswirte mit Deutschland allein nicht den Anfang machen.

Der Möglichkeiten von Zollverhältnissen gibt es sehr viele. Vor allem scheint mir für uns in Betracht zu kommen die „Zolleinigung“. Sie bezweckt nicht, wie der Zollverein oder der Zollanschluss, den sofortigen Wegfall der gemeinsamen Zollgrenzen, der eigenen Zolltarife nach außen, der gemeinsamen Zollverwaltung. Die Zolleinigung soll in Anbetracht der unüberwindlichen Schwierigkeiten, welche mit der Einführung des Zollanschlusses untrennbar verbunden sind, dieses Ziel nur anstreben, indem sie mit einem gemeinschaftlichen Zolltarif nach außen und einer Verminderung der beidseitigen Zollschränken anfängt. Die Verwirklichungsperiode wäre in verschiedene Zeitabschnitte einzuteilen; nach jedem Zeitabschnitt würden die gemeinsamen Zölle ermäßigt, sodass sie am Ende der Periode wegfallen könnten. Der erste Zeitabschnitt wäre ein Kompromiss zwischen Handelsvertrag mit Meistbegünstigungsabmachungen und einem Zollverein. In einem solchen Wirtschaftsbündnis blieben die Zollschränken bestehen; der schwächere Teilnehmer setzte sich nicht der Gefahr aus, von dem Stärkeren zur Null herabgedrückt zu werden; beide Staaten fänden Zeit, sich wirtschaftlich und politisch der neuen Sachlage anzupassen; ein sofortiges Zugrundegehen gewisser Industrien wäre, da sie Zeit hätten, sich örtlich zu verändern, ausgeschlossen. Passte sich dann aus irgend welchen Gründen die erste Phase zu wenig der Wohlfahrt der Länder an, so könnte man ohne wirtschaftlichen Verlust auf den jetzigen Zustand zurückgehen.

Ein großer Vorteil dieser allmählichen Übergangsmethode läge auch darin, dass die Verbrauchssteuern nicht sofort in beiden Ländern gleich gemacht zu werden brauchten. Die steuerpolitischen und steuertechnischen Systeme, die vorläufig noch entsprechend den verschiedenartigen sozialen Anschauungen verschieden sind, aber mehr und mehr den gleichen Grundsätzen folgen, blieben am Anfang in jedem Staat unverändert.



### III. DIE SCHWEIZ IN EINER DEUTSCH-SCHWEIZERISCHEN ZOLLEINIGUNG

Der Mehlzollkonflikt mit Deutschland, der Rückgang der Seiden- und Uhrenindustrie sind nichts anderes als das Ergebnis unserer wirtschaftlichen Eigenbrödelei und unserer geringen Wirtschaftsmacht. Diese wiederum entspringt zu geringer wirtschaftspolitischer Erkenntnis beim Volk und den Regierenden, sowie dem Mangel an Geschlossenheit in der äußern Politik. Nichts ist schädlicher als die bei uns vielfach verbreitete Ansicht, die Schweiz brauche und könne keine äußere Politik treiben. Vorschläge für eine regere Außenpolitik werden als utopistische Gespinste gebrandmarkt. Die Äußerung von Ideen, die von der politischen Selbständigkeit als oberstes Gebot nicht geleitet ist, wird als unpatriotische Handlung hingestellt und nach Möglichkeit unterdrückt. Selbst die schweizerische Geschichtsschreibung ist von dieser Vergewaltigungsmethode nicht frei. In diesem Gebaren liegt ein falscher Patriotismus, der nur der politischen Eitelkeit Einzelner und dem Weihrauch der Geschichte entspringt. An der Spitze der Verfassung steht die Aufgabe der Volkswohlfahrt. Diese materiell und ideell zu erfüllen, muss erzwungen werden, ob wir dabei selbständig bleiben oder nicht. Die Forderungen der Gegenwart und Zukunft sind stärker, als die Verpflichtungen gegen unsere Vorfahren. Zur Zeit unseres Ruhmes waren wir auch nicht selbständig; wir gehörten inniger zu einem großen Reich, als wir heute anzustreben nötig haben. Wir lassen uns von einem engherzigen Geiste, der im krassen Gegensatz steht zu dem unserer großen Ahnen, tyrannisieren. Jene wagten, ihrer militärischen und intellektuellen Macht bewusst, eine äußere Politik zu treiben; was sie erreichten, war wirtschaftlich vorteilhaft.

Es gibt zweierlei Zollvereinsbestrebungen in der Schweiz. die einen suchen eine kommerzielle Annäherung mit Frankreich, in der Hauptsache eine Folge der früher liberalen französischen Wirtschaftspolitik, der Ähnlichkeit der Wirtschaftsverhältnisse und der allerdings in ihrer Übertriebenheit unbegründeten Sympathien des schweizerischen, übrigens auch des süddeutschen Volkes für Frankreich. Diese Periode fand ihren offiziellen Abschluss mit dem französisch-schweizerischen Zollkrieg 1893/95. Die tatsächlichen Gründe

lagen jedoch in der gleichen und großartigen Wirtschaftsentwicklung der Schweiz und Deutschlands zu Industriestaaten, währenddem Frankreich mehr ein Agrarstaat verblieb. Auch der Beginn innigerer kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen dem schweizerischen und deutschen Volke und eine durch die Wucht sozialer Forderungen erzwungene liberalere Behandlung fremder Staatseinrichtungen half kräftig mit, die Wertverminderung Frankreichs für die Schweiz bei uns erkennen zu lassen.

In der ersten wie in der zweiten Periode wurden bei uns Anstrengungen gemacht, eine Zollunion oder wenigstens eine Wirtschaftseinigung herbeizuführen. Aus der zweiten Periode sind zu nennen: die 1900 erschienenen Zollvereinspläne von Edwin Hauser. In der noch heute richtigen Erkenntnis, dass Deutschland und Frankreich die Pfeiler einer mitteleuropäischen Zollunion sein müssten, zog er einen Zollverein in Erwägung, der Frankreich, Deutschland und die Schweiz umfasste. Die schweizerische Presse bereitete dem Entwurf keine gute Aufnahme, und so blieb er liegen, bis Dr. Gehring, der hervorragende Sekretär der Basler Handelskammer, in einer Reihe von Zeitungsartikeln die Idee weiter verfolgte. Gehring führt die Befürchtungen für die politische Selbständigkeit, sowie andererseits die zu weitgehenden Zollvereinspläne auf das richtige Maß zurück. Er will jedoch den Postverein dem Zollverein vorangehen lassen. Auch Nationalrat Frey ist für die Verwirklichung in einer Rede im Industrieverein St. Gallen 1901 eingestanden. 1904 nahm Sulzer-Ziegler, der Vertreter unserer Großindustrie, dem ein maßgebendes Wort zukommt, zu der Sache Stellung. Er weist darauf hin, dass wir ohne das ausländische Absatzgebiet, auf das wir infolge der Spezialisierung unserer Industrie angewiesen sind, verarmen müssten, und dass uns durch die protektionistischen Bestrebungen des Auslandes dieses Absatzgebiet immer mehr streitig gemacht werde. Er heißt die zollunionistischen Bestrebungen willkommen, bezweifelt aber den dazu nötigen Ernst des Auslandes.

Es ist zu erwähnen, dass die schweizerischen Behörden öffentlich nichts zur Abklärung beigetragen haben, wohl aus Furcht, bei zukünftigen Handelsvertragsverhandlungen im Nachteil zu sein und wegen der erwähnten Anschauung, die äußere Politik sei nur für Großstaaten reserviert. Professor Hilty, der nicht praktisch

an der Sache beteiligt war, wendete sich im Nationalrat aus übertriebener Furcht, die Schweiz könnte an Unabhängigkeit einbüßen, gegen alle Zollvereinsbestrebungen.

Es kommt eben ganz darauf an, wie und mit wem die Zolleinigung abgeschlossen wird. Dass ein einfacher Wirtschaftsbund nicht unbedingt zum Verlust der Unabhängigkeit führen muss, beweisen die emanzipierten Kolonien Englands, die selbständig werdende Verwaltung Ungarns und anderes mehr. Die Einrichtung der Zölle ist sehr wohl vom Staatsgedanken trennbar. Früher kannte man die Schutzzölle überhaupt nicht; erst im Zeitalter Friedrich Liszts kamen sie in solch krasser Weise auf. Sie waren damals notwendig, um neue Industrien zu schaffen. Aber heute haben wir ja Industrien, insbesondere in der Schweiz, und wollen deshalb in der Einleitung einer vernünftigen Wirtschaftspolitik vorangehen.

Eine wichtige Frage ist die Stellung Deutschlands einer Wirtschaftseinigung mit der Schweiz gegenüber; die bis jetzt geäußerten schweizerischen Bestrebungen fanden eine mehr kühle Aufnahme. Einerseits war die Unverständlichkeit unserer Gefühlsduselei für Frankreich schuld daran, welche Misstrauen in unsere Ernsthaftigkeit erzeugte; andererseits wollte man dem in Frankreich stets wachsamem Neid keinen unnützen Vorschub leisten. Zwei den Bestrebungen günstige Plädoyer erschienen in der Berliner Wochenschrift „Export“ und in den Veröffentlichungen der deutschen Zollbeamten Egner und Schuemacher, ihrem zahlenreichen Buch: „Brennende Agrar-, Zoll- und Handelsfragen“. Die Vorteile einer Zolleinigung vorläufig zwischen Deutschland und der Schweiz sind für die Schweiz folgende: 1. sicheres Absatzgebiet für Industrieprodukte, Vieh und Milcherzeugnisse; 2. größere Möglichkeit zur Erlangung von Zugeständnissen seitens anderer, besonders überseeischer Länder; 3. Verbilligung der Lebensmittel; 4. geringere Gefahr, dass unsere Industrie von fremdem Kapital aufgekauft wird; 5. größere Möglichkeit für Sozialpolitik; 6. zollfreie Wasserstraße nach Deutschland; 7. raschere Entwicklung der schweizerischen Städte, insbesondere Basels.

Für Deutschland: Zuwachs seines Absatzgebietes für Industrie und landwirtschaftliche Produkte mit Ausnahme von Vieh; Wachstum seiner Wirtschaftsmacht gegenüber Amerika.

Die Nachteile für die Schweiz bestehen im Rückgang einiger Spezialitäten des Exportgeschäftes, im allmählichen Rückgang der Zolleinnahmen im Grenzverkehr mit Deutschland (dieser Ausfall kann durch entsprechend zu erhöhende Zolltarife gegen das übrige Ausland zum Teil gutgemacht werden. Selbst beim Anschluss Österreichs, dann Frankreichs und schließlich Italiens werden die Zolleinnahmen verbleiben, nur dass die Zollämter von Genf, Porrentruy, Basel usw. nach Triest, Marseille, Havre, Odessa, Hamburg, Bremen usw. verschoben werden).

Für Deutschland bestehen die Nachteile in der Konkurrenzierung der Viehzucht und im allmählichen Rückgang seiner Zolleinnahmen.

#### *Thesen:*

1. Unter der zunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt und im Kampfe um die Erringung von Absatzmärkten werden die mächtigsten Staaten angetrieben, in wirtschaftlicher Beziehung durch Bildung unabhängiger Zollgebiete die Selbstgenügsamkeit anzustreben.

2. Aus rein praktischen Gründen eignen sich Deutschland und die Schweiz, in der Bildung einer mitteleuropäischen Wirtschaftsmacht den Anfang zu machen, indem sie allmählich ihre innern Zölle vermindern und die Außenzölle auf gleiche Grundlage bringen.

3. Bei der Zolleinigung mit Deutschland gewinnt die schweizerische Volkswirtschaft, und die politische Unabhängigkeit der Schweiz wird nicht maßgebend berührt.

ZÜRICH

Dr. ing. H. BERTSCHINGER



ANMERKUNG DER REDAKTION. Eine Zolleinigung mit Deutschland wird um so unwahrscheinlicher, je mehr sich bei uns die Überzeugung festigt, dass deutsche Vertragstreue ein gar unsicher Ding ist. Das erlebten wir beim Mehlzollkonflikt, das erleben wir heute mit der Erschwerung des Imports von Schweizer Weinen. Doch verdienen wir wohl eine solche Behandlung, sonst hätte die Bundesregierung die deutschen Weine sofort mit denselben Lasten belegt. — Es wäre zu wünschen, dass die Frage der Zolleinigung auch noch von anderer Seite beleuchtet würde. Für die Zukunft unseres Wirtschaftslebens ist sie von unschätzbare Bedeutung.